

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruck: Tagesblatt Nieja, General Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Nieja, des Finanzamts Nieja und des Hauptzollamts Nieja.

Postfachkonto: Dresden 1580, Gröbelfs Nieja Nr. 22.

N. 47.

Freitag, 25. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Voten. Für den Fall des Eintrists von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbekanntmachungen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verwilligter Rabatt erzielt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingegangen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant bezahlt. Zahlungs- und Erfüllungsort: Nieja. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsschein und Verlag: Janger & Winterlich, Nieja. Geschäftsstelle: Weststraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Klemm, Nieja; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Nieja.

Empfang der Reichsregierung durch den Verein Deutscher Zeitungsverleger.

10. Berlin, 24. Februar. Im Berliner Pressehaus, dem Hause des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, versammelte sich gestern abend auf Einladung des Vorstandes des Vereins Deutscher Zeitungsverleger eine Anzahl prominenter politischer Persönlichkeiten zu einem geselligen Beisammensein, das der Reichsminister, mehrere Reichsminister und eine Reihe hoher Regierungsbeamter mit ihrem Besuch auszeichneten.

Bei dieser Gelegenheit begrüßte während der Tafel der Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Dr. Krumpholtz, die Gäste und betonte dabei, daß es im Beisein des Hauses und des Vereins liegt, die produktive Arbeit, auf die die Verlegerische Tätigkeit den höchsten Wert legt, zu fördern durch den Gedankenaustausch mit den führenden Männern der Regierung.

Reichstanzler Dr. Marx

erwiderte für sich und im Namen der Gäste und betonte, indem er auf die besondere Stellung und die Bedeutung der Presse im Staate einging, die Pflicht der Presse zu unerschütterlicher Neutralität, die Pflicht der Presse, die ihre Grenzen festhalten und in dem Rahmen der Verantwortlichkeit vor Staat und Volk. Damit kennzeichnete der Reichstanzler auch die großen Aufgaben des kommenden modernen Presserechts.

Hierzu machte der Reichstanzler im einzelnen folgende bedeutungsvolle Ausführungen: Die Neuordnung unserer staatlichen Verhältnisse bedingt auch eine Neuordnung der Beziehungen von Presse und Staat. Dabei denke ich nicht nur an die heute von niemand mehr bezweifelte Notwendigkeit einer möglichst weitestgehenden persönlichen Zusammenwirkung zwischen Presse und Regierung, sondern in Uebereinstimmung mit meinem Herrn Vorredner, auch an die großen gesellschaftlichen Fragen, welche auf dem Gebiete des Pressewesens der Lösung harren. Der zur Zeit der Reichstanzler vorliegende und demnächst an den Reichstag gelangende Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches berührt in mehr als einer Beziehung Probleme, die für die Presse unmittelbar von Bedeutung sind. Ich nenne nur die Frage der Verbesserung des Ehrenrechtes und die damit wiederum unmittelbar verknüpfte Regelung des Schutzes der Presse bei Wahrnehmung berechtigter Interessen. Das Recht, öffentliche Interessen wahrzunehmen, kann unterer Tagespresse nicht länger vorzuzulassen bleiben. Aber auf der anderen Seite darf nicht übersehen werden, daß mit der Erweiterung des Rechtes der Kritik auch die sittliche Verantwortung der Presse eine wesentliche Steigerung erfährt. Keinesfalls liegen die Dinge bei der noch in Vorbereitung befindlichen Reform des deutschen Presserechts. Ich möchte hier zur Beilegung entstandener Irrtümern gleich vorweg bemerken, daß die Presse-Reform, nach dem, was ich mir aus dem Innenministerium habe berichten lassen, noch keineswegs feste Formen angenommen hat, sondern sich noch im Stadium der Vorbereitung befindet. Die besonderen Schwierigkeiten der die Presse betreffenden gesellschaftlichen Fragen erfordern ganz besonders umfassende und gründliche Beratungen. Nach eingehender Klärung der presserechtlichen Probleme des deutschen Rechts ist man zur Zeit damit beschäftigt, in Verbindung mit dem der hiesigen Universität angegliederten Institut für Internationales Recht das Presserecht sämtlicher Kulturstaaten zusammenzufassen und zu vergleichen, um auch die in anderen Ländern gesammelten Erfahrungen nutzbar machen zu können.

Die Besorgnis, daß die Presse hier eines Tages übernahmenderweise vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnte, erscheint also nicht begründet. Trotzdem würde ich es begrüßen, wenn die Presse so früh als möglich an der Reform des deutschen Presserechts durch Einbringung eigener Vorschläge mitarbeiten würde. Das Problem der Pressefreiheit ist unlösbar verknüpft mit der Erkenntnis der hohen moralischen Verantwortung, ohne die eine wirklich freie Presse auf die Dauer nicht bestehen kann. Erziehung des journalistischen Nachwuchses zu innerlich unabhängigen und verantwortungsbewußten Persönlichkeiten, Übung aller in der Presse tätigen geistigen Kräfte in ethischer und wirtschaftlicher Beziehung sind die Vorbedingungen für eine solche Entwicklung der deutschen Presse.

Ich weiß, daß auch Sie, meine Herren, diese Notwendigkeit seit langem erkannt haben und bin überzeugt, daß gerade Sie alles in Ihrer Macht Stehende tun werden, um dieses Ziel zu erreichen. Ich hoffe zuversichtlich, daß der Tag nicht mehr fern ist, an dem wir mit Stolz sagen können, daß die deutsche Presse in allen diesen Beziehungen an der Spitze marschiert, wie sie es in diesem schon jetzt ist. Wenn es sich darum handelt, einer solchen geistig und ethisch hochstehenden Presse die Freiheiten zu sichern, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt, werden Sie mich stets an Ihrer Seite finden. (Lebhafter Beifall.) Der Abend verlief dann unter lebhaftem Gedankenaustausch in erfreulichster und harmonischer Weise.

Suntshuanfang ermordet?

Berlin, 24. Februar. Nach einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur aus Kanton ist Suntshuanfang, der Verteidiger Schanghais, von zwei Studenten und einem Arbeiter ermordet worden. Eine Bestätigung dieser Nachricht war noch nicht zu erlangen.

Die Verschärfung des englisch-russischen Konfliktes.

Eine Protestnote, die die englische Regierung jetzt nach mehrfacher Aufkündigung fertiggestellt hat, und in der eine Verwahrung gegen jede kommunistische Propaganda in England ausgesprochen wird, hat in der gesamten diplomatischen Welt Europas und Amerikas große Beachtung gefunden. Die englische Regierung hat den Millionenverlust, der ihr durch die lange Dauer des Bergarbeiterstreikes entstanden ist, noch immer nicht verwunden. Dagegen nach Abbruch der Streikbewegung sich eine innere Verletzung im englischen Gewerkschaftsleben einstellte, sah man doch weiter die Gefahren eines kommunistischen Einflusses und strebte mit allen Mitteln die Fernhaltung kommunistischer Propagandisten aus England an. Der russischen Regierung wurde der Vorwurf gemacht, daß sie den englisch-russischen Vertrag vom Jahre 1921, in dem Russland die Verpflegung übernommen hat, als letzter kommunistischer Propaganda zu enthalten, verstoßen habe. Die Moskauer Regierung hat auf diese Anschuldigungen bis zum heutigen Tage nur ein Briefchen geantwortet und nichts unternommen, um den Engländern Anhaltspunkte in die Hand zu spielen, die für die Unterstüßung der kommunistischen Idee durch den russischen Staat sprächen.

Die äußere Form der Note enthält nicht einen gewissen Schärfe. Sie darf aber nicht darüber hinwegsehen, daß England weniger an einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland als vielmehr an einer Einschränkung gelegen ist. Durch den Abbruch der Beziehungen erhöht die englische Wirtschaft einen zu harten Schlag, und es liegt der Londoner Regierung jetzt wieder besonders viel an der Kräftigung der englischen Wirtschaft und vor allem an der Erhebung des russischen Marktes, der ihr sowohl von der deutschen als auch der französischen Industrie freitrie gemacht wird. Für Deutschland hat die Ausbreitung des Konfliktes zwischen England und Russland eine größere Bedeutung, als man auf den ersten Blick glauben dürfte. In den letzten beiden Jahren hat man sich in Moskau darum bemüht, die deutsche Politik mehr auf den Osten zu konzentrieren, da die westliche Orientierung dem Freundschaftsverhältnis beider Staaten abträglich werden konnte. Die Folge der Rotenüberhebung wird eine weitere Verknüpfung der russischen Regierung sein, die vornehmlich den Engländern die Erstellung von wirtschaftlichen Konzessionen künftig sehr erschweren wird. Gleichzeitig wird man nach alter Gewohnheit von Deutschland verlangen, daß es sich gegenüber England äußerst zurückhaltend zeigen solle, welcher Wunsch natürlich nicht erfüllt werden kann, da jede Einmischung in die Verhältnisse anderer Staaten von der deutschen Regierung abgelehnt wird. Auf der anderen Seite wird man in London mißtrauisch die Handlungen Deutschlands überwachen, um an ihnen festzustellen, ob evtl. doch ein außenpolitischer Frontwechsel zugunsten Russlands vorgenommen wird. Für die Reichsregierung kommt es also darauf an, nach beiden Seiten ein gleichzeitiges Gesichts zu zeigen, während es der deutschen Wirtschaft durchaus in die Hand gegeben ist, sich fester in den Sattel zu setzen und den russischen Markt für sich zu gewinnen. Für Paris bedeutet die englische Note ein erfreuliches Zeichen, daß England für längere Zeit durch die Wälder Sibiriens in Atem gehalten wird, wodurch eine Stellung in Europa ohne weiteres eine Schwächung erfährt. In London selbst ist man über die Regierungsaktion je nach der Parteirichtung geteilter Meinung. Die einen hätten gewünscht, die Beziehungen wären sofort abgebrochen worden, während der andere Teil die Schärfe rügt, in der die Zurückweisung russischer Propaganda erfolgt. Aus allen Pressestimmen geht aber unzweifelhaft hervor, daß der englische Schritt zur Zurückweisung des eigenen Landes erfolgt ist, und daß man die eigene Wirtschaft und die Selbstherrlichkeit nach Kräften schützen will. Nach außen hin wird Moskau höchstens den Empfang der Note bestätigen, sie im übrigen aber zu den Akten legen und es vorziehen, in den nächsten außerwärtigen Reden England die gewünschte Antwort zu erteilen.

Die Aufnahme der Note an Sowjetrußland im Unterhause.

London, 24. Februar. Die Nachricht, daß die Regierung eine Protestnote an die Sowjetregierung gesandt hat, verursachte gestern abend in den Wandelgängen des Unterhauses großes Aufsehen und wurde lebhaft erörtert. Es bestanden große Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Angemessenheit des unternommenen Schrittes. Die Auffassung der Konservativen scheint zu sein, daß die Regierung getan habe, was sie schon längst hätte tun sollen. Die Ansicht der Opposition fand ihren Ausdruck in der Bemerkung eines hervorragenden Mitgliedes der Arbeiterpartei, daß die Regierung es für ihre Aufgabe zu halten scheint, alle Märkte, die England besitze, für den englischen Handel zu schließen.

Englands Bereitschaft in der Abrüstungsfrage.

London, 24. Februar. Westminster Gazette zufolge wird die Antwort der britischen Regierung auf die Abrüstungsnotiz des Präsidenten Coolidge die Bereitschaft ausdrücken, in die vorgeschlagenen Erörterungen einzutreten. Die Admiralität vertritt jedoch den Standpunkt, daß kein so starkes Verhältnis wie das erörterte für die Kreuzer bestehen dürfte, die Großbritannien verwenden, um seine Reichstümer zu schützen, die weit größer seien, als die der anderen Länder. Kreuzer, die zur Unterstüßung von Schlachtschiffen verwendet wurden, könnten leichter in ein Verhältnis gebracht werden.

Zahlreiche konservative Mitglieder waren der Ansicht, daß die Note in ihrem Ton nicht entschieden genug sei und würden die Meinung aus, die Regierung hätte der Sowjetregierung erklären sollen, daß das Handelsabkommen keine Gültigkeit mehr haben werde, wenn die Propaganda nicht sofort ihre Ende finde. Es verstand, daß eine derartige Warnung während einiger Zeit von verschiedenen Ministern erzwungen wurde, daß aber im Hinblick auf die Schwierigkeit, die direkte Bereinigung der Sowjetregierung an der Propaganda zu bewerkstelligen, ein solches Verfahren schließlich nicht als empfehlenswert erachtet wurde.

Ob die Note im Unterhause zur Debatte kommen wird, steht noch nicht fest, aber jedenfalls dürfte Sir Anken Chamberlain mit einem wahren Jagdshauer Heiner Fragen überschüttet werden.

Französische Zustimmung.

Paris, 24. Februar. Einige Blätter beschäftigen sich mit der Note der englischen Regierung an die Sowjetregierung. *Figaro* bezeichnet diese Note als einen Schritt, über den die Länder, die sich Allianzen hingeben hätten, nachdenken sollten, und der von ganz Europa beachtet werden müsse.

Caillaux vertritt den gleichen Standpunkt und erklärt: Die Worte der englischen Regierung, die die Widerstände der Labour-Partei und einiger Liberaler überwunden hat, ist verdienstvoll. Sie bedeutet eine kraftvolle Reaktion des Landes gegen eine lange Reihe von Irrtümern, in die England hineingeraten ist, indem es als erster Staat die Sowjetregierung anerkannte. Unsere Staatsmänner mögen über dieses Beispiel nachdenken. Sie mögen die Bilanz ziehen, was Frankreich die Anerkennung der Sowjets eingetragen hat. Sie werden finden, daß die Hand Moskau offen in Frankreich Korruption verbreitet und die Stimme von Moskau die Revolution predigt und den Klassenhaß verschärft. Man wird in Frankreich begreifen, daß die Sowjetregierung für die Zukunft Frankreichs noch größer ist als andere Gefahren, und daß man angesichts dieser Gefahren die Offensive ergreifen muß?

Der Eindruck der britischen Note in Moskau.

Moskau, 24. Februar. (Telunion.) Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sowjetregierung zu der britischen Note eine erläuternde Deklaration vorbereitet, die für die Sowjetunion und die verbündeten Republiken bestimmt ist. In dieser Deklaration soll betont werden, daß die Sowjetpolitik keineswegs aggressiv gegenüber England gemeint sei. Die Sowjetregierung habe wiederholt Versuche gemacht, mit der britischen Regierung zusammenzuarbeiten. Für den gegenwärtigen Stand der britisch-russischen Beziehungen müsse die britische Regierung die volle Verantwortung tragen. Das Fehlen einer rechtmäßigen bevollmächtigten Vertretung der Sowjetregierung in London und einer solchen der britischen Regierung in Moskau sei eine der Hauptursachen der Missverständnisse gewesen, die in den letzten Jahren zwischen England und Russland fortwährend stattgefunden hätten. Die in der Note angeführten Tatsachen seien unrichtig. Die Sowjetregierung habe gegen keinen einzigen Punkt der britisch-russischen Abkommens verstoßen. Nicht die Sowjetunion, sondern die britische Regierung habe wiederholt ihren Imperialismus in China und auch im übrigen Osten gezeigt.

Rechtlich dürfte auch die russische Antwortnote an England lauten. Die Tatsache, daß die britische Note am Tage der Feier der Roten Armee eingetroffen ist, wird von der Sowjetregierung zu Agitationszwecken ausgenutzt. Maßgebliche russische Kreise geben im übrigen nach der anfänglichen Bestürzung nunmehr vor, der britischen Note nicht die Bedeutung beizumessen, die zu erwarten war. Die anfänglich geplante Juräberufung Lichtichers nach Moskau soll unterbleiben.

In russischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß die britische Note den Zweck verfolge, die russisch-französischen und die russisch-italienischen Beziehungen zu stören.

Ein Teil der russischen Presse der Hauptstadt bringt bereits Notizen über die britische Note. Die Note wird von der Presse mit derjenigen des englischen Außenministers Curzon verglichen, mit dem Unterschiede, daß die Curzon-Note einer Kriegserklärung gleichkommen sei, während die letzte Note nicht so wichtig sei. Die Presse betont die Friedensliebe der Sowjetregierung, weist jedoch gleichzeitig darauf hin, daß kein Mensch den russischen Bürgern verbieten könne, ihre Sympathien für unterdrückte Völker zu bekunden. Die russische Presse stellt diese Note als einen Befund der britischen Regierung dar, einen Schlag gegen das Prestige der Sowjetregierung im Ausland zu fassen. Sie verlangt von der Sowjetregierung eine würdige Antwort.

Die liberale Parlamentspartei beschloß dem Blatte zufolge gestern, die Abrüstungsfrage im Zusammenhang mit der Note Coolidges im Unterhause am nächsten Donnerstag aufzuwerfen.

Marshall Sun nach Japan geflohen.

Nach einer Meldung aus Beking liegen dort Nachrichten aus japanischer Quelle vor, wonach Marshall Sun, dessen Armee infolge der letzten Niederlage praktisch nicht mehr bestünde, bereits am Dienstag nach Japan geflohen sei.